

Gemeinsame Anträge der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP-Fraktion

Die Systematik des Stellenplanentwurfs wurde übernommen (Stelleneinsparungen, Stellenvermehrungen, zeitlich befristete Projekte):

1. Stelleneinsparungen:

Anträge zu

Dezernat IV

Von den im Dezernat IV mit Bauangelegenheiten befassten Planstellen werden schnellstmöglich 1,50 Planstellen eingespart. An allen in Frage kommenden Planstellen sind dazu kw-Vermerke anzubringen und bei Freiwerden zu vollziehen. Die Verwaltung wird beauftragt, das Freiziehen der Stellen aktiv anzugehen, z.B. durch adäquate Umsetzungen; dem Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung ist zu berichten.

Presse-/Öffentlichkeitsarbeit und Marketing

Aus allen in diesen Aufgabenbereichen direkt eingesetzten Planstellen – inkl. Münster Marketing – wird schnellstmöglich 1,00 Planstelle eingespart. Die Verwaltung wird beauftragt, das Freiziehen der Stelle aktiv anzugehen, z.B. durch adäquate Umsetzungen; dem Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung ist zu berichten.

Tiefbauamt

Aus den Planstellen der Straßenkontrolleure wird schnellstmöglich 1,00 Planstelle eingespart. An allen in Frage kommenden Planstellen sind dazu kw-Vermerke anzubringen und bei Freiwerden zu vollziehen. Die Verwaltung wird beauftragt, das Freiziehen der Stellen aktiv anzugehen, z.B. durch adäquate Umsetzungen; dem Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung ist zu berichten.

Amt für Bürger- und Rats-service

Im Teilergebnisplan 0204 wird zum 01.01.2014 1,00 Stelle BesGr. A 13 hD eingespart, um die Umsetzung der Einzelmaßnahme 32 aus dem Handlungsprogramm 2012 – 2017 (Zusammenlegung von zwei BV/ Leiter/-in BZ Süd-Ost) vorzuziehen.

2. Stellenvermehrungen:

zur lfd. Nr. 5 (Amt für Immobilienmanagement)	<i>Anstelle des Vorschlags der Verwaltung werden nur 0,75 Stelle neu eingerichtet.</i>
zur lfd. Nr. 6 (Standesamt)	<i>Anstelle des Vorschlags der Verwaltung werden nur 0,50 Stelle neu eingerichtet und zwar im Bereich Standesbeamtin/-er Geburten</i>
zur lfd. Nr. 8 (Amt für Schule und Weiterbildung)	<i>Die von der Verwaltung vorgeschlagenen 1,50 Planstellen werden für die Laufzeit des Bildungs- und Teilhabepakets befristet und erhalten dazu einen kw-Vermerk.</i>
z. lfd. Nr. 3 (Personal- und Organisationsamt):	<i>Zunächst Befristung der Stelle auf ein Jahr und Prüfung, inwieweit eine Auslagerung der Aufgabe z.B. zu den Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe möglich ist.</i>
z. lfd. Nr. 4 (Personal- und Organisationsamt):	<i>Reduzierung der Eckwerterhöhung einmalig in 2014 um den bereits finanzierten Anteil bis zum 31.07.2014.</i>
zur lfd. Nr. 21 (Amt für Kinder, Jugendliche und Familien)	<i>Anstelle des Vorschlags der Verwaltung wird nur 1,00 Stelle neu eingerichtet. Diese Stelle wird gesperrt; die Entsperrung erfolgt abhängig von der Aufgabenentwicklung und möglichen gesetzlichen Änderungen durch den Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung.</i>
lfd. Nr. 23 (Sportamt)	<i>Die Stelle wird nicht eingerichtet. Stattdessen werden 26.500 € jährlich als Projektmittel für die Vertragslaufzeit des GIRO Münsterland zur Verfügung gestellt.</i>
Aufhebung von kw-Vermerken (Sozialamt)	<i>Die Vermerke „kw 31.12.2014“ an den zum Beschluss der Vorlage V/0088/2013 „Zeitlich befristete Übergangslösungen zur Unterbringung von Flüchtlingen bis zur Fertigstellung neuer Einrichtungen in Roxel und Wolbeck“ eingerichteten Planstellen werden aufgehoben.</i>

3. Zeitlich befristete Projekte:

Zustandsdokumentation städtischer Bäume außerhalb des Waldbestandes
(Amt für Grünflächen und Umweltschutz)

Das Projekt wird sofort – statt zum 30.04.2014 – beendet.

neue Anträge zu

Sozialamt

Im Sozialen Fachdienst für Flüchtlinge wird befristet für zwei Jahre 1,00 Stelle zur sozialen Betreuung eingerichtet.

Sozialamt

Im Bereich Senioren und Pflege wird für die Dauer von zwei Jahren 0,50 Stelle möglichst als Aufstockung einer vorhandenen Stelle mit dem Ziel eingerichtet, Umzüge in Wohn- und Pflegeheime zu vermeiden oder ihre Zahl zu verringern. Die Verwaltung wird beauftragt, über Ergebnisse, insbesondere zu eingesparten Wohn- und Pflegekosten, regelmäßig zu berichten. Zum Stellenplan 2016 sind ein Evaluationsbericht, der etwaige Einspareffekte bei Leistungen für Grundsicherung im Alter benennt, vorzulegen und ein Entscheidungsvorschlag zur möglichen dauerhaften Einrichtung zu unterbreiten. Der voraussichtliche Aufwand von ca. 25.000 Euro soll sich durch Einsparungen bei der Grundsicherung refinanzieren.